# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoeren und bei der Expedition der Zeitung.

**Berlin SW. 48**
**Wilhelm-Straße Nr. 32.**
**Fernsprecher:**
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3243.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

**Nr. 272. [50. Jahrgang.] Sonntag den 20. November 1910. Erste (Abend-)Ausgabe. [50. Jahrgang.] Nr. 272.**


**Berlin, den 19. November.**

## Rückblick.

Der Reichstag, der in der nächsten Woche zum Abschluß der Legislaturperiode zusammentritt, findet eine Reihe bedeutsamer Aufgaben vor sich. Zu den Aufgaben, die der baldigen Erledigung harren, gehört die Einlösung einer im Jahre 1909 übernommenen gesetzlichen Verpflichtung: die Erledigung der Reichszuwachssteuer.

Die Idee, den aus der besonderen Eigenschaft des Grund und Bodens entspringenden, dem jeweiligen Eigentümer ohne sein Zutun zufließenden Gewinn einer besonderen Abgabe zu unterwerfen, ist, nachdem sie durch mehrere Generationen Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und zugleich weitgehender politischer Ideale gewesen war, während des letzten Jahrzehnts in mehreren Kulturländern, insbesondere in England Wirklichkeit geworden. In Deutschland zunächst als eine Gemeindesteuer. In den Dienst der Reichsfinanzen stellte sich die Einnahmequelle, als im Frühjahr 1909 die mit der Vorbereitung der Finanzgesetze betraute Reichstagskommission nach einer Steuer suchte, welche den leistungsfähigen Besitz in gerechter Weise zu den Lasten des Reichs heranzöge. Während über die Heranziehung des mobilen Kapitals die Ansichten der Parteien weit auseinander gingen, herrschte hinsichtlich der Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden volle Einmütigkeit. In Uebereinstimmung mit den Vorschlägen seiner Kommission beschloß der Reichstag, die verbündeten Regierungen um Vorlage eines entsprechenden Entwurfs zu ersuchen, und da diese zustimmten, ging die Reichsfinanzverwaltung alsbald an die Ausarbeitung der Vorlage. Der Entwurf wurde dem Reichstag im Frühjahr d. J. in der Erwartung vorgelegt, daß er noch vor der sommerlichen Vertagung verabschiedet werde, und die günstige Aufnahme, welche die Vorlage in der ersten Lesung bei allen Parteien des Reichstags fand, ließ erhoffen, daß diese Erwartung sich erfüllen werde. Dann aber setzte außerhalb des Reichstags eine Protestbewegung der Betroffenen und in den Beratungen der Reichstagskommission eine Neigung zur Abschwächung des Entwurfs ein, welche es hinderten, daß der Reichstag die Vorlage vor seiner Vertagung erledigte.

Es wird sich kaum bestreiten lassen, daß die Verhandlungen der Kommission des Reichstags von einer allzu großen Besorgnis vor den Wirkungen der neuen Steuer getragen gewesen sind. Bei der Ausführung der Steuerordnungen in den Städten, die sie bisher angenommen haben, haben sich durchweg die befürchteten Schwierigkeiten mühelos überwinden lassen. Daß es sich um keine unlöslichen Probleme handelt, beweist auch die ständig wachsende Zahl von Landgemeinden, die eine Zuwachsordnung von sich aus einführen.

Der Protestbewegung, welche noch in nächster Woche den Wiederzusammentritt des Reichstags zum Anlaß einer besonders nachdrücklichen Kundgebung zu nehmen beabsichtigt, muß es im Kreise der objektiv Urteilenden schaden, daß sie allzu lebhaft den Sonderstandpunkt gegen das Gemeininteresse verteidigt. Jede Steuer ist empfindlich für den, der sie zahlen soll; jede hat in ihrer Handhabung Unbequemlichkeiten, gelegentlich auch Härten im Gefolge. Aber der Pflicht, an den Lasten des Reiches mitzutragen, kann man sich nicht dadurch entziehen, daß man die Unbequemlichkeiten übertreibend darstellt, und auch nicht dadurch, daß man den Finanzen den Rat erteilt, sich an anderen Erwerbsgruppen, als der des Protestierenden, zu erholen.

Die Reichszuwachssteuer liegt richtig verstanden im Interesse auch der Gemeinden. Denn lediglich die reichsrechtliche Regelung ermöglicht die notwendige Gleichmäßigkeit in der Auflegung der Steuer, nur sie macht es möglich, die in zahlreichen Fällen sonst unüberwindbaren Widerstände der Interessenten zu beseitigen, und sie vermeidet anderseits, daß in einzelnen Gemeinden eine Belastung des Grund und Bodens erfolgt, die über das erträgliche Maß hinausgeht. Daneben läßt sie den Gemeinden einen genügenden Spielraum, um die besonderen örtlichen Verhältnisse und Bedürfnisse zu berücksichtigen. Daß das Reich eine nicht wegzudenkende Ursache der seit 1871 eingetretenen Wertvermehrung ist, läßt sich im Ernste nicht bestreiten. Wenn in dieser vierzigjährigen Periode unser Außenhandel sich nahezu vervierfacht hat, die Inlandsproduktion noch kräftiger emporgeschnellt, die Bevölkerung der Großstädte von 2 auf 11½ Millionen gestiegen ist, so wäre dies ohne die Gründung und Gesetzgebung des Reichs nicht möglich gewesen. Und wie würden der Aufschwung und die von ihm geschaffenen Werte in sich zusammensinken, wenn nicht die Macht des Reiches sie hielte! Ist dem aber so, dann ist es auch wohl berechtigt, eben jene Werte dazu heranzuziehen, daß sie dem Reiche helfen, seine Aufgaben mit ungeschwächter Kraft weiterzuführen.

Deutlicher kann dieser Zusammenhang nicht in die Erscheinung treten als durch den Etat von 1911. Die Erträgnisse der Zuwachssteuer sind nötig für die Fortentwicklung der Heereseinrichtungen, und sie sollen auch dazu dienen, die Fürsorge für unsere Kriegsveteranen zu erhöhen. Von der Befolgung des umgeschriebenen, aber vornehmsten Gesetzes jeder staatlichen Finanzverwaltung, „keine Ausgabe ohne Deckung", werden sich die verbündeten Regierungen nicht abdrängen lassen. Somit bedeutet das Zustandekommen des Gesetzes noch weit mehr als die Erfüllung einer gesetzlichen Zusage und die Ausführung eines legislatorischen Gedankens, der in den weitesten Kreisen unseres Volkes festen Boden gewonnen hat.

Wir dürfen danach den bevorstehenden Verhandlungen des Reichstags über die Zuwachssteuer mit Zuversicht entgegen sehen. Die Aeußerungen der Presse in der letzten Zeit haben erkennen lassen, daß auch die Parteien, die gegen manche einzelnen Bestimmungen des Gesetzes Bedenken haben, sie doch werden zurückstreten lassen, um das vom Reichstag im Sommer 1909 einmütig gegebene Versprechen auszuführen. Was geschehen wird, sollte aber bald geschehen. Einmal um für die Etatsberatungen eine sichere Grundlage zu haben, sodann aber auch im Interesse des Grundstückshandels, der mit klaren Verhältnissen rechnen muß, und im Interesse der Gemeinden, die, solange die Reichszuwachssteuerfrage nicht erledigt ist, ihre eigene Finanzgebarung nicht zu regeln vermögen. So dient es dem allgemeinen Nutzen, wenn der Gesetzentwurf über die Zuwachssteuer möglichst bald verabschiedet wird.

* * *

Mit Genugtuung ist zu bemerken, daß die bürgerlichen Parteien im Reiche die Bedeutung der nächstjährigen Reichstagswahlen rechtzeitig würdigen und der Sozialdemokratie den erhofften Vorsprung beim Aufmarsch streitig zu machen wissen. Es ist bekannt, und an vielen Orten auch bei publizistischen Betrachtungen zum unerwünschten Ausgang einer Ersatzwahl immer hinreichend betont worden, daß die Gegner des sozialdemokratischen Bewerbers dort von Anfang an gewissermaßen überschrieen waren. Hat man nunmehr gelernt, dem Eintreten dieser Lage vorzubeugen, dann ist jedenfalls eine Voraussetzung für künftige Erfolge geschaffen worden. In Mitteldeutschland sind namentlich die Liberalen rührig gewesen. Für Thüringen wurde, wie schon berichtet, ein Wahlabkommen zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern abgeschlossen, wonach jede Partei in je sechs Wahlkreisen von der anderen sogleich unterstützt werden soll. Nur in Jena und in Koburg will man in direkten Gegenbewerb eintreten, doch dürfte bei den Verhandlungen wohl schon gebührende Rücksicht auf die Situation bei den Stichwahlen genommen worden sein. Von Interesse für die Stimmung in den thüringischen Gebieten war eine Episode in Altenburg, wo ein badischer Stadtpfarrer vor einer Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei die Entfernung sozialdemokratisch gesinnter Beamten als ein Unrecht des Staates bezeichnet hatte. Diese Kundgebung trug dem Redner eine scharfe Absage durch den Leiter der Versammlung, Rechtsanwalt Dr. Höfer, ein. Man stehe, so führte Dr. Höfer aus, im Altenburger Fortschrittlichen Verein keineswegs auf solchem Standpunkte, sondern im strikten Widerspruch dazu, befinde sich also auch hierbei in entschiedenem Gegensatze zur Sozialdemokratie. — Wie verlautet, haben sich auch in Württemberg Nationalliberale und Fortschrittler über ein derartiges Abkommen verständigt, und in der Rheinprovinz scheint das gleiche bevorzustehen. Nach einer Meldung aus Köln hätten sich dort die Vertreter der beiden Parteien bereits im Prinzip geeinigt.

Auch im Großherzogtum Hessen befindet sich die Wahlbewegung bereits in lebhaftem Flusse, ohne daß jedoch die taktischen Erörterungen innerhalb der Parteien schon dem Abschluß sonderlich nahe wären. Während dort, so schildert eine Zuschrift aus Darmstadt, die Nationalliberalen die Wahlen unter dem Zeichen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie geführt wissen wollen, erstrebe die Fortschrittliche Volkspartei nur eine Einigung mit den Nationalliberalen und würde voraussichtlich, falls nichts daraus werden sollte, schließlich Stichwahlabkommen mit den Sozialdemokraten treffen. Unter diesen Umständen sehe man den angesetzten Verhandlungen der beiden Parteien mit noch geringen Hoffnungen entgegen. Was die Wahlaussichten selbst anbelangt, so kann dieses Mal noch weniger als früher von der letzten Wahl aus auf den Ausfall der bevorstehenden geschlossen werden. Es wird wohl in fast allen Wahlkreisen zu Stichwahlen kommen, an denen in den meisten Fällen die Sozialdemokratie beteiligt sein wird. Dennoch haben die Sozialdemokraten kaum Aussicht, ihren Besitzstand zu vermehren, wenn es nur gelingen würde, die bürgerlichen Parteien für die Stichwahlen zu einigen. Die Nationalliberalen, die bei der letzten allgemeinen Wahl einschließlich eines ihnen nahestehenden Bündlers fünf Mandate erhalten haben, haben inzwischen das bei den wildliberalen Bündlers Keller in Alzey-Bingen und das des Grafen Oriola in Friedberg-Büdingen in den Nachwahlen verloren, während Freiherr v. Heyl zwar aus der Reichstagsfraktion ausgetreten ist, aber der hessischen Landespartei noch angehört. Er wird wieder kandidieren, und auch der Führer der Partei, Dr. Osann, ist in Darmstadt-Groß-Gerau aufgestellt worden. Kein Mandat mehr annehmen wird Abg. Haas (Bensheim-Erbach). Ueber seine Nachfolgerschaft verlautet noch nichts, doch wollen die Freisinnigen dieses Wahlkreises eventuell eine Kandidatur Bassermanns unterstützen. In Gießen-Grünberg und Alsfeld-Lauterbach haben die Nationalliberalen in den Personen des Universitätsprofessors Dr. Gilsonius und des Gutspächters Haberkorn Kandidaten aufgestellt, die den ausgesprochenen Zweck haben, die Unterstützung des Bundes der Landwirte zu finden. In Alzey-Bingen, das in der Nachwahl durch ein Abkommen zwischen Nationalliberalen und Zentrum dem letzteren zufiel, ist diesmal ein Nationalliberaler aufzustellen, der das Mandat gegen den bereits nominierten freisinnigen Kandidaten Pfarrer Korell zu verteidigen findet. Außer diesem hat die Fortschrittliche Volkspartei bis jetzt nur noch in Offenbach einen Kandidaten aufgestellt, der aber nur als Zählkandidat zu betrachten ist. Das Zentrum, das in mehreren Wahlkreisen beträchtliche Stimmenzahlen aufzubringen vermag, wird namentlich wieder um Mainz sich bemühen, das zurzeit von dem Sozialdemokraten Dr. David vertreten wird. Dessen Wiederaufstellung steht bereits fest, während von den acht übrigen sozialdemokratischen Kandidaten noch nichts verlautet. Uebrigens hat der Bund der Landwirte, außer dem Abg. Köhler für Gießen, ebenfalls noch keine Kandidatur benannt.

* * *

Eine Zuschrift aus dem Vorstande der christlich-sozialen Partei, die der Reichsbote wiedergibt, bezweckt die Anbahnung einer weitgehenden Verständigung mit den Konservativen. Der Schreiber, Landwirt Schmidt, wirft die Frage auf, welche Differenzen denn hier obwalteten. Auf christlichem und vaterländischem Gebiet lägen sie nicht. Es seien wirtschaftliche, meistens Arbeiterfragen, in denen die Wege auseinander gehen. „Unter anderen ist es die Frage des Koalitionsrechts der Landarbeiter, des preußischen Landtagswahlrechts und der Erbschaftssteuer auf Kindes- und Gatten-erbe. Will man alle diese Fragen in unparteiischer Weise beurteilen, so ist hier Vorbedingung, daß man auch den Arbeiterstand als vollberechtigtes Glied am Volkskörper anerkennt, und weiter anerkennt, daß auch ein jeder Stand ein Recht hat auf soziale Berücksichtigung. Ferner ist zu berücksichtigen, daß wirtschaftliche Fragen für den Arbeitgeber oft die gegenteilige Bedeutung haben, wie für den Arbeitnehmer, daß also Gegensätze hier eine ganz naturgemäße Erscheinung sind, die nur vom Standpunkt der Gerechtigkeit, in vorurteilsloser Weise gelöst werden können." — Nach näheren Darlegungen, worin auch Stoeckers einstmaliger Austritt aus der konservativen Partei als kein glücklicher Entschluß gekennzeichnet wird, wird zuletzt beimerkt: „Wenn es aber dahin kommen könnte, daß konservativ und christlich-sozial ein gleichbedeutender Begriff würden, so könnte das von großem Segen sein auch über diese Parteien hinaus, und wir würden dann vielleicht auf dem Wege zur Lösung der sozialen Frage um einen großen Schritt vorwärts gekommen sein." Man solle sich verständigen und den Kampf wibereinander vermeiden.

Seinerseits stimmt der Reichsbote dieser Anregung eines Hauptvorstandsmitgliedes der Christlich-Sozialen durchaus bei. Die Grundgesinnung der Partei sei konservativ. Deshalb fühlten sie sich auch zu der konservativen Partei hingezogen, und diese dürfe sie nicht von sich stoßen, nicht als Gegner behandeln, sondern müsse sie an sich zu ziehen suchen. „Aber gerade dadurch", so heißt es dann, „daß die Christlich-Sozialen sich als selbständige politische Partei aufgestellt haben und zum gerade die konservativ gesinnten Kreise im Lande für ihre Wahlkandidaten zu gewinnen suchen, hat es Anlaß zu gegenseitigen Reibungen gegeben. Das schadet beiden Parteien, und am meisten der von beiden vertretenen christlichen Sache. Die Christlich-Sozialen haben es bis jetzt zu keiner einflußreichen Partei im Parlament gebracht und sich deshalb mit anderen kleinen Parteien, mit denen sie in der Hauptsache viel weniger gemein haben wie mit den Konservativen, vereinigt. . . . Deshalb ist es sehr begreiflich, daß auch Herr Schmidt, der mit Herrn Behrens im Vorstand der christlich-sozialen Partei sitzt, diese konservative Gesinnungsgemeinschaft und die Notwendigkeit der Verständigung betont. Soll es aber dazu kommen, dann müssen die Christlich-Sozialen zu ihrem gesegneten Anfang zurückkehren, sich als christlich-soziale und evangelische Arbeitervereine an die konservative Partei anschließen, wie es Stoecker in seiner besten Zeit tat, und es aufgeben, eine selbständige politische Partei zu bilden. Als solche erreichen sie doch nichts, für eine politische Partei ist die christlich-soziale Basis zu eng, und sie laufen Gefahr, auf dieser engen sozialen Basis in eine Klassenpolitik mit bedenklicher Nähe an die Sozialdemokratie gedrängt zu werden. Nur im Anschluß an die große konservative Partei können sie davor bewahrt werden und für die berechtigten sozialen Bestrebungen etwas erreichen. Solange Stoecker in der konservativen Partei war, ist die soziale Gesetzgebung gemacht worden; da hat er seine erfolgreiche soziale Tätigkeit entfaltet; unter dem Einfluß seiner Trennung von der konservativen Partei litt auch der soziale Gedanke. Er würde sofort wieder verstärkt werden, wenn die Christlich-Sozialen nicht mehr als selbständige Partei der konservativen Partei gegenüberständen und Konkurrenz machten, sondern als sozialer Verein mit ihr vereinigt wären. Die konservative Partei hat durch ihr langjähriges Eintreten für die Sozialreform bewiesen, daß sie für die sozialen Gedanken, soweit sie sich im Rahmen des allgemeinen Volks- und Staatsinteresses halten — und nur in diesem Rahmen sind sie überhaupt berechtigt — zu haben sind. Geben die Christlich-Sozialen den Gedanken der selbständigen politischen Partei, der sich ja doch als haltlos erwiesen hat, und auch treten wieder wie zu Stoeckers Zeit an die Seite der konservativen Partei, so wird es auch möglich werden, mit Hülfe der konservativen Partei eine Anzahl christlich-sozialer Männer in den Reichstag zu bringen, was bisher an dem Gegensatz gegen die konservative Partei gescheitert ist." — Das genannte Organ erhofft eine beiderseitig gute Aufnahme seiner Vorschläge. Die wahren Interessen der Arbeiter und des Mittelstandes würden durch Vereinigung mit der konservativen Partei, deren volkstümlicher Charakter dadurch eine große Stärkung erlangen würde, eine mächtige Förderung erfahren. Unser politisches Leben bedürfe einer großen christlich-sozialen konservativen Partei dringend. In der konservativen Partei würden die Christlich-Sozialen die breiteste Basis für ihre Wirksamkeit finden und vor sozialistischer Einseitigkeit bewahrt bleiben.

* * *

Veranlaßt durch einen Artikel in der rechtsstehenden Presse, der die christlichen Gewerkschaften im Hinblick auf neuerliche Vorgänge vor Hinneigung zu den entsprechenden sozialdemokratischen Verbänden warnte, hat das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Stellung hierzu genommen. Es bestreitet das Vorhandensein einer solchen Hinneigung. Vor allem werte man die Zwecke und Ziele der Tarifbewegung gänzlich anders. Betrachteten die Sozialdemokraten jeden Tarifvertrag nur als Ruhepunkt zur Stärkung der Organisation, sprächen sie heute schon offen aus, daß, wenn sich ihre Gewerkschaftsorganisationen stark genug fühlten, sie die Gebundenheit, die durch die Tarifverträge entstehe, ablehnen würden, so sähen die christlichen Gewerkschaften in den Tarifverträgen geeignete Mittel, die zu gleicher Zeit eine ruhige, solide, gewerbliche Entwicklung und ein schiffweises Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse ermöglichen. Stets hätten es die christlichen Gewerkschaften abgelehnt, ihre Kämpfe um die gegensätzlichen Interessen im Arbeitsverhältnis, um die Verteilung des Ertrags im Produktionsprozeß, zum Klassenkampf stempeln zu lassen. Sie sähen in ihrem Streben nicht wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine Etappe zum sozialistischen Endziel, sondern bezweckten damit eine angemessene Hebung der Lage des Arbeiterstandes, mit dem Ziele, dadurch an einer Ueberbrückung der Klassengegensätze, an einer notwendigen Klassenversöhnung mitzuwirken.

Hierzu beruft sich das genannte Organ, indem es näher auf das innere Verhältnis seiner Gewerkschaften zu den Unternehmern eingeht, auf Ausführungen des Generalsekretärs Stegerwald. Sie erfolgten beim Kongreß der christlichen Gewerkschaften 1909 und noch kürzlich bei der Generalversammlung christlicher Textilarbeiter. Der Redner betonte, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in den Unternehmern nicht bloß Ausbeuter und Scharfmacher erblicke. Sie erkenne deren großes Verdienst um die deutsche Volkswirtschaft an. Es ist nicht Zufall, daß die deutsche Industrie, wie die Industrie keines anderen Landes in Europa, den schnellen, ungeahnten und vom Auslande beneideten Aufschwung in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Der Unternehmer hat wichtige Funktionen in der Volkswirtschaft auszuüben. Ausnutzung und Beschaffung der Rohprodukte ist ein außerordentlich wichtiges Gebiet für die Tätigkeit des Unternehmers. Im Bergbau sind in den letzten Jahren geradezu fabelhafte Erfindungen gemacht worden, alle Rohmaterialien zu nutzbringenden Werten zu verarbeiten, so daß heute kein Stäubchen mehr unverwertbar bleibt; selbst die letzten Reste werden wieder zu Steinen gebrannt, überall wird nachgeforscht, wie man mehr aus den Rohprodukten herausholen kann. Der Unternehmer hat ungemein bedeutsame Funktionen auszuüben in der Ausfuhrbestimmung der Absatzgebiete, ferner dadurch, daß er immer auf die Vervollkommnung der Technik hinarbeitet. Er übt auch eine außerordentlich wichtige Funktion dadurch aus, daß er systematisch disponiert. Kein Mensch werde behaupten wollen, „daß in der sozialistischen Wirtschaftsordnung, bei der die frische, die freie Konkurrenz fehlt, der heutige große Stand der Technik erreicht worden wäre". — Dagegen beklagt das Zentralblatt einen häufiger zu beobachtenden Mangel an Verständnis in Unternehmerkreisen für die antirevolutionäre, christlich-nationale Arbeiterbewegung, an die man sich oft erst in vorgeschrittenen Konfliktsfällen erinnere, und von der man dann Dinge erwarte, „wozu sich die christlichen Gewerkschaften natürlich nicht mißbrauchen lassen könnten". Die christliche Arbeiterschaft betrachte sich als einen Teil des Volkes, mit dessen übrigen Schichten sie Interessen höchsten Ranges verbinden. Darum sei die Art und Weise, wie sie ihre besonderen Interessen, die sie als Arbeiter haben, geltend machen, wesentlich verschieden von jener, der sich die Sozialdemokratie bedient. Letztere, der Gemeinschaftsinteressen fremd sind, die nur Klasseninteressen kennt, will diese zum Mittelpunkt des gesamten öffentlichen Lebens machen. Die christlichen Arbeiter dagegen reißen nicht, wie die Anhänger der Sozialdemokratie, um der angeblichen internationalen Einheit der Arbeiterklasseninteressen willen die nationalen Schranken von Volk zu Volk völlig nieder. Nach ihrer Ueberzeugung ist für den Aufstieg der Lohnarbeiterklasse die dem Volke gemeinsame nationale Kultur und Volkswirtschaft der einzig geeignete Boden. Nur in und mit dieser Kultur und Volkswirtschaft steige auch der Arbeiterstand zugleich mit allen anderen Volksschichten.

* * *

Als die beiden Gegner innerhalb des oberschlesischen Polentums, Napieralski und Korfanty, ihre herzliche Vereinigung durch eine wortreiche Friedensproklamation kundgaben (vgl. Nr. 266), da waren sie selbstverständlich auf einen Sturm als nächste Antwort gefaßt. Er blieb auch nicht aus. In Oberschlesien, wo Napieralski mit jenem Tage zum Gebieter der polnischen Presse wurde, war allerdings kein unfreundliches Echo von dieser Seite her zu besürchten. Desto heftiger ergingen sich die radikalen Blätter der Provinz Posen; sie schrieen Zeter über Korfanty, der sich verkauft habe und nun dem politischen Untergange verfallen sei, der erst die ungebildeten Massen in Verwirrung setzte, sie dem Sozialismus zutrieb und sich dann persönlich salvierte. Eine gute Probe der Behandlungsweise des Falles liefern die folgenden Sätze aus dem Verurteilungsartikel im Kurjer Poznanski: „Haben doch Korfanty und sein Polak ihre Gegner seit Jahren als vollendete Lumpenkerle, und zwar politische wie nichtpolitische hingestellt und wurden von diesen als ebensolche bezeichnet. Das war kein politischer Kampf mehr, sondern ein gegenseitiges Bewerfen mit Schmutz. Heute ist nicht nur derselbe Polak in den Händen der Katolik-Genossenschaft, sondern auch der Abg. Korfanty im Dienste und der Gnade derjenigen, die er seinen Lesern fast bis zum letzten Augenblicke als Strauchdiebe der allerschlimmsten Gattung bezeichnete. Hätte Korfanty zur Keilsäule gegriffen, und wäre er gegangen, um Kohlen zu graben, so hätte er trotz allem allgemeine Hochachtung der polnischen Gemeinschaft für sich hervorgerufen. Das, was er getan hat, bedeutet für ihn einen moralisch-politischen Tod." — Man dachte übrigens auch in Oberschlesien sofort daran, den Schlag möglichst weitzumachen und mit Neuhauch wieder eine radikalpolnische Zeitung in Kattowitz herauszugeben.

Sicherlich entsprechen solche Maßnahmen der polnischen Demokratie durchaus dem Grade ihres Hasses, aber es fragt sich noch sehr, ob Korfantys Beispiel nicht vielmehr indirekt Schule macht. Er hat gezeigt, wozu die polnische Sprache unter Umständen gut ist, und es kann noch dahin kommen, daß auch seine erzürnten bisherigen Freunde sich zu einer wesentlich anderen Dialektik bekehren. Nächterne deutsche Beurteiler haben hervor, daß die Vereinigung der beiden Antipoden habe freilich im ersten Augenblick wie eine politische Sensation gewirkt, und doch sei sie seit Monaten zu erwarten gewesen, denn Korfanty habe schon längere Zeit darauf hingearbeitet. Er trat in Oberschlesien, so erinnert die Ostdeutsche Korrespondenz, zuerst im Solbe Biedermanns öffentlich auf, aber er zog sich bald von jenem zurück und gründete mit seinem Freunde Kowalczyk den Gornoschlonsak. Damals erreichte die Begeisterung für ihn den Höhepunkt im Kattowitzer Revier. Napieralski fühlte sich ernstlich bedroht, aber er erkannte doch wohl bald, daß Korfanty wie Kowalczyk jeder geschäftlichen Fähigkeit entbehren. Die Herrlichkeit des Gornoschlonsak dauerte denn auch nicht lange. Kowalczyk entfloh nach Amerika, Korfanty ließ zwar Federn, aber er konnte eine neue Gesellschaft bilden, die den Polak herausgab. Viele glaubten, Korfanty werde aus den früheren Erfahrungen gelernt haben; dem scheint indessen nicht so gewesen zu sein. Zwar versuchte er Napieralski nachzuahmen und stürzte sich in allerlei Vermittlergeschäfte, trotzdem kam er an Geldnöten nicht heraus. Der Polak hat kaum Ueberschüsse abgeworfen, die unerläßliche Agitation kostete eben zu viel. Seit Monaten mußte er Gelder suchen, er sah sich schon von allen Seiten bedroht. Trotzdem aber besitzt oder besaß Korfanty doch in seinem bisherigen Wirkungskreise, der über einen allerdings sehr wichtigen Teil Oberschlesiens nicht hinausgeht, den ausschlaggebenden Einfluß. Napieralski hat zweifellos klug gehandelt, daß er die Blätter Korfantys ankaufte und ihn selbst sich verpflichtete. „Die polnische Demokratie freilich ist nicht erbaut von dieser Tat Korfantys, und das läßt sich begreifen, denn der geschmeidige Napieralski ist, indem er Korfanty ankaufte, in Oberschlesien gebietender als nur je geworden. Die Sepda und Genossen wissen auch, daß Korfanty an Ansehen bei der Menge darum nicht verlieren wird, denn für etzliche Erwägungen haben die polnischen Industriearbeiter keinen Sinn." Anderseits ist Napieralski so radikal-national geworden, als er es seinem Wesen nach überhaupt vermag. Er dürfte Korfanty im Katolik kaum Fesseln anlegen, und in Zukunft werde die polnische Presse Oberschlesiens ausnahmslos auf einen schärferen Ton gestimmt sein. So hat das Deutschtum, wenn es sich gegenwärtig hält, daß Korfantys Einfluß in Zukunft eher größer als geringer sein wird, keinen Anlaß, ihn zu den politisch Toten zu rechnen. Ob Korfanty parlamentarisch sich weiter betätigen darf, mag zweifelhaft erscheinen. Bleibt Napieralski bei seinem Entschlusse, kein Mandat mehr anzunehmen, so legt er vielleicht unter den veränderten Verhältnissen Wert darauf, in Korfanty ein Sprachrohr zu besitzen, — wenn er und Korfanty sich bis zu den nächsten Wahlen vertragen, was allerdings noch nicht ausgemacht ist.

Somit wird das Deutschtum in Oberschlesien sich an das tatsächliche Ergebnis des Vorganges halten und seinerseits auf geeinten Widerstand gegen die polnischen Bestrebungen den höchsten Wert legen müssen. Gelingt es, den äußerlich zusammengefaßten Kräften der Gegner einen Stoß beim Wahlgange zu versetzen, so wird sich an der weiteren Wirkung zeigen, wie verdienstvoll und der Mühe lohnend die Anstrengung war.

---

## Die innere Krisis in England.

### Offizielle Ankündigung der Parlamentsauflösung.

London, 18. November. Unterhaus. Das Haus war wegen der erwarteten Erklärung des Premierministers in allen Teilen dicht besetzt. Die Mitglieder des Parlaments selbst waren in so großer Anzahl erschienen, daß mehrere von ihnen keine Sitze fanden. Balfour und Asquith wurden bei ihrem Eintritt in den Sitzungssaal von ihren Anhängern enthusiastisch begrüßt.

Zu Beginn seiner Rede stellte Premierminister Asquith in Abrede, daß sich in den Plänen der Regierung irgendetwas geändert habe. Die Regierung habe sich niemals mit dem Gedanken befaßt, die Budgetvorlage fallen zu lassen. Sie schlage vor, daß das Haus die wesentlichen Teile des Budgets erledige, nämlich den Thersoll, die Einkommensteuer und den Amortisationsfonds. Nachdem Asquith noch zwei andere minder wichtige Maßnahmen erwähnt hatte, die noch in diesem Jahre erledigt werden müßten, und mitgeteilt hatte, daß die Regierung beabsichtige, im nächsten Parlament eine Entschädigung für die Mitglieder des Hauses in Vorschlag zu bringen, teilte er mit, daß die Regierung dem König geraten habe, nach Erledigung der erwähnten parlamentarischen Arbeiten die gegenwärtige Session und das jetzige Parlament zu schließen. (Lebhafter Beifall bei den Ministeriellen.) Asquith erinnerte an die Annahme der von der Regierung beantragten Veto-Resolutionen, die im April durch starke Mehrheiten im Hause erfolgt sei, und an den einzigartigen Vorgang, daß bei dem Tode des geliebten Königs Eduard die beiden bereits in Schlachtordnung stehenden Parteien ihre